

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhalt	XI
A. Einleitung	1
I. Gang der Untersuchung	3
II. Begriffsbestimmungen	5
III. Aktuelle Rechtsprechung des EuGH	12
B. Die Zuständigkeit für einstweilige Maßnahmen im Rahmen der EuGVVO	21
I. Hauptsachezuständigkeit nach der EuGVVO	21
II. Zuständigkeit nach Art. 31 EuGVVO	22
III. Prüfung der Zuständigkeit	49
C. Verhinderung von Parallelverfahren	51
I. Die Rechtshängigkeitssperre des Art. 27 EuGVVO in der Rechtsprechung des EuGH	51
II. Zwei Verfahren vor für die Hauptsache zuständigen Gerichten	64
III. Vermeidung von einstweiligen Parallelverfahren im Rahmen von Art. 31 EuGVVO	90
IV. Sonderstellung von ex-parte Maßnahmen	102
V. Die Verfahrensaussetzung/-abweisung des Art. 28 EuGVVO	107
D. Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen	111
I. Anerkennung und Vollstreckbarkeit von Maßnahmen des Art. 31 EuGVVO ..	112
II. Behandlung von ex-parte Maßnahmen	122
III. Ergänzende Vollstreckbarkeit nach nationalen Vorschriften	126
IV. Die Verhinderung negativer Kompetenzkonflikte durch die Anerkennung von Zuständigkeitsentscheidungen	127
E. »Unvereinbare« Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz	133
I. Das Anerkennungshindernis »unvereinbarer« Entscheidungen des Art. 34 EuGVVO	133
II. Die Vermeidung »unvereinbarer« Entscheidungen nach Abschluss des Erstverfahrens	146
F. Reformen	179
I. Reform der EuGVVO	179
II. Vorschlag zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung	195

G. Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	203
I. Die Koordination einstweiliger Verfahren in europäischen Zivil- und Handelssachen	203
II. Fazit	207
Abkürzungen	209
Literatur	215
Sachregister	233

Inhalt

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
A. Einleitung	1
I. Gang der Untersuchung	3
II. Begriffsbestimmungen	5
1. Einstweiliger Rechtsschutz	5
a. Besonderheiten der Verfahren im einstweiligen Rechtsschutz	6
b. Grundtypen von einstweiligen Maßnahmen	7
2. Europäisches Zivilprozessrecht	7
Exkurs: Das Luganer Übereinkommen	10
3. Regelungen des einstweiligen Rechtsschutzes in europäischen Zivil- und Handelssachen	11
III. Aktuelle Rechtsprechung des EuGH	12
1. Die Urteile des EuGH in den Rechtssachen C-256/09 (<i>Purrucker I</i>) und C-296/10 (<i>Purrucker II</i>)	13
a. Der Sachverhalt des gesamten »Rechtsstreits«	13
b. Die Entscheidung in der Rechtssache C-256/09 (<i>Purrucker I</i>)	14
i. Die Vorlagefrage an den EuGH	14
ii. Die Entscheidung des EuGH	14
c. Die Entscheidung in der Rechtssache C-296/10 (<i>Purrucker II</i>)	16
i. Der Verfahrensgang und die Vorlagefragen	16
ii. Die Entscheidung des EuGH	17
2. Urteil des EuGH in der Rechtssache C-456/11 (<i>Gothaer Allgemeine Versicherung u.a./Samskip</i>)	19
a. Der Sachverhalt und die Vorlagefragen	19
b. Die Entscheidung des EuGH	19
B. Die Zuständigkeit für einstweilige Maßnahmen im Rahmen der EuGVVO	21
I. Hauptsachezuständigkeit nach der EuGVVO	21
II. Zuständigkeit nach Art. 31 EuGVVO	22
1. Definition von einstweiligen Maßnahmen im Sinne des Art. 31 EuGVVO ...	24
a. Die Sicherstellung eines wirksamen Hauptsacheurteils als charakteristisches Merkmal	25
b. Die Eilbedürftigkeit als weiteres charakteristisches Merkmal	26
c. Maßnahmen der vorläufigen Erbringung der Hauptleistung (»Leistungsverfügungen«)	27

i. Rückzahlungsgewährleistung als autonome Voraussetzung	28
ii. Einschränkung in Bezug auf bestimmte Vermögensgegenstände im örtlichen Zuständigkeitsbereich des Erlassgerichts	30
2. Gerichtsstände der autonomen Prozessrechte der Mitgliedstaaten	33
a. Keine ausschließliche Verweisung auf die besonderen Eilgerichtsstände	34
b. Zuständigkeitsöffnung für die exorbitanten Gerichtsstände	35
c. Die einstweiligen Maßnahmen der Mitgliedstaaten	36
3. Die einschränkende Zuständigkeitsvoraussetzung der »realen Verknüpfung«	38
a. Teleologischer Hintergrund	39
b. Generelle Anwendbarkeit	41
c. Konkrete Voraussetzungen an die »reale Verknüpfung«	42
i. Maßnahmen <i>in personam</i>	42
ii. Maßnahmen <i>in rem</i>	46
d. Abgrenzung zum Definitionsmerkmal des »örtlichen Zuständigkeitsbereichs«	48
III. Prüfung der Zuständigkeit	49
1. Vor dem Hauptsachegericht	49
2. Vor einem gemäß Art. 31 EuGVVO zuständigen Gericht	50
C. Verhinderung von Parallelverfahren	51
I. Die Rechtshängigkeitssperre des Art. 27 EuGVVO in der Rechtsprechung des EuGH	51
1. Der teleologische Hintergrund der Auslegung »desselben Anspruches«	53
a. Systematischer Zusammenhang mit Art. 34 Nr. 3 und 4 EuGVVO	53
b. Hintergrund der Auslegung »unvereinbarer« Entscheidungen	54
2. Die einzelnen Tatbestandsvoraussetzungen in der Rechtsprechung	55
a. Klagen	56
b. Derselbe Gegenstand	56
c. Dieselbe Grundlage	57
d. Maßgebliche Beurteilungskriterien	59
3. Rückschlüsse für Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	60
a. (Ungeklärte) Weite der europäischen Rechtshängigkeitssperre	60
b. Divergierender Ansatzpunkt der Rechtshängigkeitssperre im Europäischen Zivilprozessrecht	62
i. Weitergehender Zweck der Rechtshängigkeitssperre im Rahmen der EuGVVO	62
ii. Eingeschränkter Regelungsbereich »desselben Anspruches«	63
c. Konzentration von Verfahren als weiterer teleologischer Zweck	63
II. Zwei Verfahren vor für die Hauptsache zuständigen Gerichten	64
1. Übertragbarkeit der <i>Purrucker II</i> -Entscheidung auf die EuGVVO	64
a. Übertragbarkeit der Urteilkriterien	65
b. Grundsatz der einheitlichen Auslegung der EU-Verordnungen	65
c. Besonderheiten der EuEheVO	66
i. Historische Entstehung des Art. 19 Abs. 2 EuEheVO	66
ii. Das »Kindeswohl« als Besonderheit im Rahmen der EuEheVO	67
(1) Verfahrenskonzentration zur Förderung des Entscheidungseinklanges der einstweiligen und der Hauptsacheentscheidung	67

(2) Einfluss der einstweiligen Entscheidung auf das Verfahren in der Sache	68
(3) Synergieeffekte im Sinne des Kindeswohls durch eine Verfahrenskonzentration	69
iii. Divergierende Zuständigkeitsregelungen	69
iv. Rückschluss und Prognose für die Rechtsprechung	70
2. Das zweite Verfahren ist eines in der Sache (Konstellation <i>Purrucker II</i>)	71
a. Auswirkungen der Rechtsprechung	71
i. Untersuchung der Konfliktpotentiale	71
(1) Folgeprobleme der <i>prima facie</i> Zuständigkeitsprüfung	71
(2) Die »Torpedo«-Problematik	72
(3) Die »race to the courthouse«-Argumentation	73
(4) Gefahr einer Rechtsschutzlücke	73
ii. Vorteile einer Verfahrenskonzentration des einstweiligen und des Hauptsacheverfahrens	74
(1) Einschränkung der Gerichtspflicht	74
(2) Prozessökonomie	75
(3) Rechtssicherheit	75
b. Rechtshängigkeitssperre durch Sicherungsverfahren	76
i. Keine eigenständige Bestimmung »desselben Anspruches« in einstweiligen Rechtsschutzverfahren	77
(1) Der Streitgegenstand des einstweiligen Rechtsschutzes im nationalen Prozessrecht	78
(2) Analyse des Abgrenzungskriteriums in der Entscheidung <i>Purrucker II</i>	78
(3) Rückschluss aus der teleologischen Auslegung des EuGH von Art. 27 EuGVVO	80
(a) Forumskonzentration als teleologisches Ziel der Auslegung	80
(b) Der »Zweck« eines Verfahrens des einstweiligen Rechtsschutzes	80
(4) Rückschluss aus der Rechtsprechung des EuGH zur Anwendbarkeit der EuGVVO	81
ii. Die Anforderungen an die Antragsstellung	81
c. Zwischenergebnis	82
3. Das zweite Verfahren ist eines im einstweiligen Rechtsschutz	83
a. Untersuchung der Konfliktpotentiale	83
i. Beschränkung der Gerichtsstände	83
ii. Die »Torpedo«-Problematik	84
iii. Konflikt der Prüfung der Rechtshängigkeit mit dem Eilbedürfnis	85
b. Prognose für die Rechtsprechung und ihre Vorteile	86
4. Dauer der Rechtshängigkeitssperre	86
a. Beginn der Rechtshängigkeitssperre	86
i. Sperre eines Verfahrens in der Sache	86
ii. Sperre eines einstweiligen Verfahrens	87
(1) Teleologische Reduktion des Art. 30 EuGVVO für wechselseitige einstweilige Verfahren	87
(2) Konsequenz für die Konzentration des Rechtsstreites	88
b. Ende der Rechtshängigkeitssperre	88

III. Vermeidung von einstweiligen Parallelverfahren im Rahmen von Art. 31 EuGVVO	90
1. Anwendbarkeit von Art. 27 EuGVVO im Rahmen von Verfahren des Art. 31 EuGVVO	90
a. Die Entscheidung <i>Purrucker II</i>	91
b. Ablehnung des Eingreifens von Art. 27 EUGVVO in der Literatur	92
c. Untersuchung der involvierten Interessen	93
i. Keine unbeschränkte Zulässigkeit von Parallelverfahren	93
(1) Interessen des Antragsgegners	93
(2) Untersuchung der Notwendigkeit von Parallelverfahren für einen effektiven Rechtsschutz	94
ii. Ungeeignetheit der »Kernpunkttheorie«	95
2. Lösung anhand des Einzelfalles	96
3. Bestimmung »derselben Maßnahme«	97
a. Blick auf das nationale deutsche Prozessrecht	97
i. Keine dogmatische Herangehensweise	98
ii. Bestimmung identischer Gesuche im nationalen Prozessrecht	98
b. Identität der beantragten Maßnahme	99
i. Dasselbe Rechtsschutzziel	100
ii. Derselbe Sachverhalt	100
(1) Vor Erlass einer Entscheidung	100
(2) Nach Entscheidungserlass	100
4. Zwischenergebnis	101
IV. Sonderstellung von ex-parte Maßnahmen	102
1. Bestimmung des Hauptsacheforums durch ex-parte Maßnahmen	102
2. Vermeidung von einstweiligen Parallelverfahren	103
a. Interessenabwägung im Rahmen von ex-parte Maßnahmen	103
i. Interessen des Antragsgegners	104
ii. Interessen des Antragstellers	104
b. Vermeidung der Doppelbelastung für den Antragsgegner	105
c. Problem der Rücknahme des Gesuchs vor Entscheidungserlass	106
V. Die Verfahrensaussetzung /-abweisung des Art. 28 EuGVVO	107
1. Darstellung des Art. 28 EuGVVO	107
2. Anwendbarkeit für Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes	108
D. Anerkennung und Vollstreckung einstweiliger Maßnahmen	111
I. Anerkennung und Vollstreckbarkeit von Maßnahmen des Art. 31 EuGVVO	112
1. Maßnahmen des Art. 31 EuGVVO als »Entscheidungen« im Sinne des Art. 32 EuGVVO	112
2. Nachprüfung der ungeschriebenen Voraussetzungen des Art. 31 EuGVVO	114
a. Die »reale Verknüpfung«	114
b. Die einschränkenden Tatbestandsmerkmale	115
c. Zweifelsregelung für Art. 31 EuGVVO	117
3. Rückschlüsse für einstweilige Maßnahmen außerhalb des Anwendungsbereiches von Art. 31 EuGVVO	118
a. Rechtslage für Entscheidungen in der Sache	118
b. Einstweilige Maßnahmen im Sinne des Art. 4 Abs. 1 EuGVVO	120

4. Die Verhinderung der Umgehung der Verordnung im System des EuGH	121
<i>II. Behandlung von ex-parte Maßnahmen</i>	122
1. Übertragung der Rechtsprechung zum EuGVÜ auf die EuGVVO	123
2. Kein endgültiger Ausschluss der Vollstreckbarkeit	124
<i>III. Ergänzende Vollstreckbarkeit nach nationalen Vorschriften</i>	126
<i>IV. Die Verhinderung negativer Kompetenzkonflikte durch die Anerkennung von Zuständigkeitsentscheidungen</i>	127
1. Die Vermeidung negativer Kompetenzkonflikte im Lichte der Entscheidung C-456/11	128
a. Teleologischer Kern der Vorlagefragen	128
b. Geltung der Entscheidung für sämtliche Zuständigkeitsfragen	129
c. Bewertung	129
d. Bedenken bezüglich eines unzulässigen Eingriffs in die Hoheitsgewalt der Mitgliedstaaten	130
2. Verhinderung negativer Kompetenzkonflikte im Rahmen von einstweiligen Verfahren	131
E. »Unvereinbare« Entscheidungen im einstweiligen Rechtsschutz	133
<i>I. Das Anerkennungshindernis »unvereinbarer« Entscheidungen des Art. 34 EuGVVO</i>	133
1. »Unvereinbare« Entscheidungen	134
a. »Unvereinbarkeit« durch sich widersprechende Urteilsbegründungen	134
i. Autonome Bestimmung durch den EuGH	134
ii. Konkrete Voraussetzung	135
(1) Tragende Entscheidungsgründe schließen sich gegenseitig aus . . .	135
(2) Widersprechender Tenor ohne abweichende Entscheidungsgründe .	136
(3) Dieselben Rechtsvorschriften/derselbe Sachverhalt	137
b. »Unvereinbare« Zuständigkeitsentscheidungen	137
2. Anwendbarkeit bei einstweiligen Verfahren	138
a. Vorrang des Verfahrens in der Sache	138
b. »Unvereinbare« einstweilige Maßnahmen	139
i. Anderer Zweck im Rahmen einstweiliger Verfahren	139
ii. Beschränkung auf sich gegenseitig ausschließende Entscheidungsaussprüche »derselben Maßnahme«	140
(1) Bestimmung »derselben Maßnahme«	141
(2) Sonderkonstellationen	142
(a) Keine »Unvereinbarkeit« durch fehlende Prozessvoraussetzungen	142
(b) »Unvereinbarkeit« aufgrund des Anordnungsanspruches	143
c. Kein Rangverhältnis nach der Zuständigkeit für einstweilige Maßnahmen . .	144
d. Klarstellungen zu ex-parte Maßnahmen	145
3. Zwischenergebnis	146
<i>II. Die Vermeidung »unvereinbarer« Entscheidungen nach Abschluss des Erstverfahrens</i>	146
1. Vermeidung »unvereinbarer« Entscheidungen durch verordnungsautonome Entscheidungswirkungen	147

a.	Notwendigkeit der Beachtung einer »unvereinbaren« Entscheidung im Erkenntnisverfahren	147
b.	Rechtsgrundlage für die Beachtung »unvereinbarer« Entscheidungen im Erkenntnisverfahren	148
i.	Grundsatz der Subsidiarität und historische Gründe	149
ii.	Vorrang systematischer und teleologischer Gründe	149
(1)	Kompetenz aus der Systematik der Verordnung	150
(2)	Keine Verletzung der Souveränität der Mitgliedstaaten	150
(3)	Teleologische Vorteile einer verordnungsautonomen Lösung	151
c.	Die Auswirkungen einer existenten »unvereinbaren« Entscheidung auf ein Folgeverfahren	152
i.	Bindungswirkung der tragenden Urteilsbegründungen	153
ii.	Der Einwand <i>ne bis in idem</i>	153
(1)	Systemimmanenter Zuständigkeitseinwand für »unvereinbare« Entscheidungen	153
(2)	Abgrenzung zum Einwand entgegenstehender Rechtskraft	154
iii.	Berücksichtigung von Amts wegen	157
iv.	Zwei »unvereinbare« Entscheidungen desselben Mitgliedstaats	158
d.	Bedenken	160
i.	Objektive Reichweite der Entscheidungswirkungen	160
ii.	Problem des divergierenden materiellen Rechts	163
iii.	Widerspruch zur Wirkungserstreckung	164
iv.	Divergenz der Entscheidungswirkungen zu nationalen Urteilen	164
e.	Untersuchung der Rechtsprechung des EuGH	165
f.	Zwischenergebnis	168
2.	Bewandtnis im Rahmen des einstweiligen Rechtsschutzes	168
a.	Materielle Rechtskraft einstweiliger Entscheidungen im deutschen Prozessrecht	169
b.	Konkrete Auswirkung einstweiliger Entscheidungen auf Folgeverfahren	170
i.	Keine Auswirkungen auf die Hauptsache	170
ii.	Bindungswirkung für folgende einstweilige Verfahren	171
(1)	Keine endgültige Entscheidung über den einstweiligen Anspruch	171
(a)	<i>Lex fori</i> -Prinzip bezüglich des Anordnungsgrundes	172
(b)	Keine endgültige Entscheidung über den Anordnungsanspruch	173
(2)	Bindungs- und Sperrwirkungen für vorgetragene Tatsachen und Beweismittel	174
(a)	Beantragung einer »unvereinbaren« Maßnahme	174
(b)	»Zu vereinbarende« Maßnahmen	175
(c)	Keine Bindungswirkung bezüglich des Anordnungsanspruches für das Gericht der Hauptsache	177
c.	Zwischenergebnis	178
F.	Reformen	179
I.	Reform der EuGVVO	179
1.	Änderungen im Rahmen der Neufassung	180
a.	Änderungen bezüglich des einstweiligen Rechtsschutzes	180
i.	Regelungen in der Neufassung	180

ii.	Nicht in die Neufassung übernommene Regelungen	181
b.	Änderungen bezüglich der Verfahrenskoordination	183
2.	Auswirkungen auf die Koordination einstweiliger Verfahren	185
a.	Tatbestand und Zuständigkeit des Art. 35 EuGVVO-R	185
i.	Die »reale Verknüpfung«	185
ii.	Die autonomen Tatbestandsmerkmale für Leistungsverfügungen	186
b.	Vermeidung unerwünschter Parallelverfahren	187
i.	Unveränderte Rechtslage bezüglich des Hauptsachegerichtsstandes	187
ii.	Einstweilige Verfahren bezüglich »derselben Maßnahme«	188
(1)	Maßnahmen des Art. 35 EuGVVO-R	188
(2)	Ex-parte Verfahren	189
iii.	Unbeachtlichkeit eines Verfahrens in einem Drittstaat	189
(1)	Bestimmung des Hauptsachegerichtsstandes	189
(2)	»Dieselbe Maßnahme«	190
c.	Koordinierung nach Entscheidungserlass	190
i.	Anerkennung und Vollstreckung	190
(1)	Maßnahmen des Art. 35 EuGVVO-R	190
(2)	Vollstreckung von Maßnahmen des Hauptsachegerichts	191
(a)	Zeitpunkt der Vollstreckbarkeit von kontradiktorischen Maßnahmen	191
(b)	Zeitpunkt der Vollstreckbarkeit von ex-parte Maßnahmen	192
ii.	Anerkennungs- und Vollstreckungshindernisse	193
(1)	Kein Vorrang des Hauptsachegerichtsstandes	194
(2)	Ex-parte Entscheidungen als »unvereinbare« Entscheidungen im Sinne des Art. 45 EuGVVO-R	194
iii.	Entscheidungswirkungen	195
II.	Vorschlag zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung	195
1.	Die einzelnen Regelungen des Kommissionsvorschlages	196
a.	Erkenntnisverfahren	197
b.	Rechtsbehelfe	198
c.	Vollstreckungsverfahren	198
2.	Verfahrenskoordination	199
a.	Konzentration des Hauptsacheforums	199
b.	Parallelverfahren	199
c.	Anerkennungshindernisse und Entscheidungswirkungen	201
G.	Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit	203
I.	Die Koordination einstweiliger Verfahren in europäischen Zivil- und Handelssachen	203
II.	Fazit	207
	Abkürzungen	209
	Literatur	215
	Sachregister	233